

Ulrich Ballhausen
Leiter der Europäischen Jugendbildungs-
und Jugendbegegnungsstätte Weimar

Weimar zeigt sich!

Bürgerschaftliches Engagement in Weimar gegen rechte Einvernahme von Straßen, Plätzen und Köpfen

Der folgende Beitrag¹ ist eine leicht veränderte und ergänzte Version eines Vortrages, den der Autor im Rahmen einer Tagung zum Thema „Orientierung durch Geschichte und Erinnerung. Zur Zukunft der Gedenkstättenpädagogik“ vom 23.5 bis 26.5.2002 in der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar gehalten hat. Es ist weniger ein fachwissenschaftlicher Beitrag, sondern primär eine persönliche Stellungnahme und die Positionierung einer Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, demokratiegefährdende und demokratiestärkende Phänomene zu thematisieren und auch handelnd tätig zu werden. Der Beitrag beleuchtet und beschreibt - in 8 unvollständigen Puzzleteilen - Praxisaspekte gegen rechte Einvernahme von Strassen, Plätzen und Köpfen in Weimar vor allem am Beispiel der Demonstrationen gegen rechte Aufmärsche.

Es ist keine Selbstverständlichkeit im Rahmen einer Fachtagung, die sich im weitesten Sinne mit der Zukunft der Gedenkstättenarbeit auseinandersetzt, mit einem Beitrag über bürgerschaftliches Engagement einer Kleinstadt gegen den aktuellen Rechtsextremismus vertreten zu sein. Für die Entscheidung der Veranstalter mag es verschiedene Gründe geben, einige Vermutungen darüber möchte ich diesem Beitrag voranstellen.

Warum also ein solcher Beitrag? Etwa:

- Weil es keine Zukunft der Gedenkstättenarbeit gibt, zumindest nicht in der bisherigen Form, wenn rechtsextreme oder rechtspopulistische Parteien an die Macht kommen?
- Weil es gerade eine Zukunft von Gedenkstätten - also ehemaligen Konzentrationslagern - gibt, wenn rechte und neonazistische Gruppen mehrheitsfähig werden. So weist beispielsweise der pädagogische Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, Daniel Gaede, darauf hin, dass die Phase der Leugnung der Lager durch Neonazis (z.B. Leuchter Report) nun von der Phase der Akzeptanz abgelöst wird.
- Weil historisch bedeutsame Orte des Nationalsozialismus - wie etwa die Stadt Weimar - einen hohen Symbol- und Selbstvergewisserungswert für die Rechten besitzen und deshalb zentrale Anlaufstellen sind?
- Weil der historische Nationalsozialismus mit dem aktuellen Rechtsextremismus in unmittelbarem Zusammenhang steht? Dies betonen beispielsweise immer wieder

¹ Dieser Beitrag verzichtet an einigen Stellen bewusst auf eine differenzierte „fachwissenschaftliche“ Sprache, er überzeichnet, provoziert vielleicht an einigen Stellen und löst vorhandene Widersprüche nicht immer auf; er malt kein Gesamtbild, sondern ist ein unvollständiges Puzzle.

LehrerInnen, wenn sie angesichts von „3 Glatzen“ in ihrer Klasse dieses „Problem“ durch einen Besuch in der Gedenkstätte Buchenwald „lösen wollen“ und ganz verärgert sind, wenn wir dies als Jugendbildungsstätte eher kritisch sehen.

- Weil bürgerschaftliches Engagement in Zeiten, in denen klassische „Bollwerke“ gegen rechte Tendenzen (wie etwa Gewerkschaften, Kirchen oder „die Partei“) an Bedeutung verlieren, die einzige Alternative gegen Rechts ist und mehr bürgerschaftliches Engagement in der Weimarer Republik den Nationalsozialismus unmöglich gemacht hätte?

Hier sollen meine Überlegungen abbrechen und weitere Gedanken dazu der Fantasie des Lesers überlassen bleiben!

1. Standortbestimmung

Wer eine „persönliche Stellungnahme“ als Artikel ankündigt, sollte – quasi als Präambel – einige Anmerkungen zu seinem ganz „persönlichen Standort“ machen; dies vor allem auch deshalb, weil sich einige Positionen in der mehr als zehnjährigen Auseinandersetzung mit diesem Thema verschoben und verändert haben.

Drei Aspekte sind in diesem Zusammenhang besonders erwähnenswert:

a) Auch wenn das Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit nicht im Mittelpunkt meiner pädagogischen Arbeit mit rechten Jugendlichen – nicht mit Neonazis – stand, so war ich bis vor wenigen Jahren doch sehr stark von einem „Verstehensansatz“ geprägt; angesichts der zunehmenden Radikalisierung, der Verjüngung der rechten Gewalttäter oder etwa der weiter bestehenden Verharmlosung ist dieser Ansatz einer stärkeren Grenzziehung gewichen.

b) Während in der Vergangenheit vor allem die Arbeit gegen Rechts im Mittelpunkt stand, gewinnt zunehmend die Arbeit für Toleranz, Demokratie und bürgerschaftliches (zivilgesellschaftliches) Engagement an Bedeutung sowie die Stärkung jener Akteure, die in diesen Bereichen tätig sind.

c) Damit verbunden ist die Frage, woraufhin politische Bildung heute abzielt, und was die positive Utopie dieser Arbeit ist.

2. Weimar und der aktuelle Rechtsextremismus

In kaum einer anderen Stadt – so wird sicher jeder Leser bestätigen - ist es so notwendig, so klar, in Anbetracht des Lagers Buchenwald so nahe liegend gegen Rechts zu sein, wie in Weimar! Auch wenn dieser Satz seine volle Berechtigung hat, muss gleichzeitig aber auch betont werden, dass es in kaum einer anderen Stadt so einfach ist, gegen Rechts zu sein, wie in dieser. Im Schatten der Türme des Lagers Buchenwald – und diese Bemerkung nimmt nichts von den später zu beschreibenden Besonderheiten dieser Stadt und ihrer Menschen im Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit, Neonazismus, Antisemitismus und Intoleranz – können sich auch jene leicht versammeln, die bei näherer Betrachtung auch ganz andere Meinungen vertreten und Einstellungen haben. Kurz gesagt - vor allem auch zu den Menschen, die am „Modell des bürgerschaftlichen Engagements“ der Stadt Weimar lernen wollen - diese Stadt ist in der Summe vermutlich nicht weniger fremdenfeindlich, intolerant etc. als andere Städte auch; es tritt offiziell nur weniger zu Tage. Hierzu am Rande zwei Angaben aus dem aktuellen Thüringen Monitor, der in regelmäßigen Abständen im Auftrag der Landesregierung durchgeführt wird und die „politische Kultur“ im Freistatt Thüringen – also nicht allein in Weimar - zum Thema hat: 19% der Thüringer – so die landesweite Studie - haben rechte

Orientierungen und 16% der Erwachsenen (22% der Jugendlichen) werden dort als Nichtdemokraten bezeichnet.

3. Weimar 99: Rechte im Schatten von Goethe und Schiller

„Wir bleiben hier!“, mit diesem Spruchband hatten 1989 die TeilnehmerInnen der Montagsdemonstrationen das Goethe- und Schillerdenkmal vor dem Deutschen Nationaltheater in Weimar versehen. Zehn Jahre später, also in jenem Jahr, als Weimar Kulturstadt Europas war, waren andere Sätze vor diesem Symbol der deutschen Klassik zu hören: „Wir sind auch da!“ lautete der Satz, mit dem sich eine Gruppe von Jugendlichen – zu Spitzenzeiten ca. 25 - aus der rechten Szene eben vor diesem Denkmal versammelte und im Laufe der Zeit eine wachsende Anzahl von Sympathisanten und Führungskadern aus der rechten Szene auf sich zog. „Wir sind auch da und wir wollen einen eigenen Jugendklub“, wie ihn die „Linken“ in der Stadt schließlich auch hätten, war ihre Forderung. Vor einem der Symbole der Stadt Weimar, der Touristenattraktion und vor allem zu Beginn jenes Jahres, mit dem die Stadt ja gerade ihre „Weltoffenheit“ und ihre „kulturelle Bedeutung“ demonstrieren wollte, versammelten sie sich und spielten zunehmend selbstbewusst mit der Öffentlichkeit dieses Ortes.

Auf Initiative des Jugendamtes der Stadt Weimar wurde mit einem breit angelegten Konzept in Zusammenarbeit mit den Jugendklubs, Sozialarbeitern, Streetworkern, der Polizei und anderen das Problem „beseitigt“ und ansatzweise gelöst. Es bestand aus:

- jugendkulturellen Angeboten für die Neugierigen und Interessierten am Rande,
- dem Einsatz von Streetworkern, die offen, transparent und in Aushandlung von Absprachen mit den rechten Jugendlichen zunächst für „Befriedung“ sorgten,
- den bekannten Maßnahmen der Polizei (Alkoholverbot, Videoüberwachung etc.), die dazu führten, dass der Ort zunehmend „unattraktiv“ wurde sowie aus
- regelmäßigen und konstruktiven Absprachen zwischen den politisch Verantwortlichen, der Polizei, dem Jugendamt und „Fachleuten“ zu diesem Thema.

Selbstverständlich gibt es auch heute noch eine Anzahl von rechtsorientierten Jugendlichen in der Stadt; ob sich ihre Zahl verkleinert hat, ist schwer zu sagen. Man sieht sie in kleineren Gruppen an wechselnden Orten, sie treffen sich in oder vor bestimmten Jugendklubs (die allerdings keine rechten Klubs sind) und „natürlich“ gibt es auch in Weimar fremdenfeindliche Aktionen.

4. Von der Unerträglichkeit rechter Aufmärsche in Weimar!

Spätestens seit dieser Zeit – aktuell zum Führergeburtstag am 20.4.2002 – gab es und gibt es Versuche der NPD, zunehmend der freien Kameradschaften, Weimar als Aufmarschgebiet erster Priorität zu besetzen. Den Internetseiten, den Zeitschriften und internen Diskussionen der rechten Szene ist zu entnehmen, dass Weimar als Ort der Klassik, als bedeutungsvolle Stadt in der Geschichte und im Gesamtplan des Nationalsozialismus und als Ort des Konzentrationslagers Buchenwald von strategischer und symbolischer Bedeutung ist. Deshalb gehören auch führende Repräsentanten der rechten Szene, wie Christian Worch, zu den Demonstrationsanmeldern in Weimar.

An dieser Stelle ist es angebracht, sich mit folgenden Grundfragen auseinander zu setzen:

- Dürfen nicht verbotene Organisationen - wie etwa die NPD - das Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit in Anspruch nehmen?
- Dürfen nicht verbotene Organisationen – wie etwa die NPD - das Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit in Anspruch nehmen, wenn gerade diese Organisationen dieses Recht beseitigen wollen?
- Hat Goethe nicht recht wenn er meint, dass man Intoleranz nicht mit Toleranz begegnen darf?
- Ist Deutschland nun ein gefestigter demokratischer Rechtsstaat, der mit einem bestimmten Prozentsatz von rechten Organisationen, Personen und Wahlstimmen leben muss?
- Warum machen wir uns in die Hose, wenn durchschnittlich 4% der Bevölkerung „braun wählen“ und wir damit im europäischen Vergleich doch eher Schlusslicht sind?
- Warum erzittert im Vorfeld der angekündigten Demonstration der Rechten am 20.4. in Weimar eine ganze Stadt vor 280 Rechten (3000 waren angekündigt)?
- Dürfen Rechte am 20.4. in Weimar eine Wegstrecke gehen (z.B. in Richtung des Lagers Buchenwald), die eindeutig auf ihr eigentliches Anliegen, nämlich auf die Enttabuisierung und auf die Korrektur der Geschichte hinweist?
- Welche Dimension der Problemeinschätzung ist letztendlich angemessen und welche Formen des Widerstandes sind angebracht?

Das Oberverwaltungsgericht, das die Demonstration am 20.4.2002 in Weimar nach einem Verbot durch die Stadt und der Bestätigung dieses Verbotes durch das Verwaltungsgericht genehmigt hatte, verwies in seinem in Weimar stark kritisierten Urteil auf das Bundesverfassungsgericht, das der Meinungs- und Versammlungsfreiheit einen ganz besonderen Stellenwert einräumt. Rechtes Gedankengut und rechte Aufmärsche also als Ausdruck der Stärke der Demokratie? Kann man, wie viele gehofft haben, mit Methoden der Justiz diesem Thema überhaupt sinnvoll begegnen? Auch wenn es für mich eine unerträgliche Erfahrung ist, Rechte in Weimar marschieren zu sehen, so ist es für mich keine Katastrophe der Demokratie, sondern verweist eher darauf, dass die Demokratie der kontinuierlichen „Pflege durch die BürgerInnen“ bedarf.

5. Wir brauchen eine breite (Jugend-) Bewegung nicht nur gegen Rechts, sondern für Demokratie und Toleranz!

In einer der vielen Radiosendungen des Weimarer Lokalsenders Radio Lotte – dieser Sender und seine Bedeutung im Netzwerk gegen Rechts wird an anderer Stelle noch einmal betont – wurde ich auf meine Aussage, dass ich am 20.4. mehr als 1.500 Demonstranten gegen Rechts erwartet hätte (die Presse nannte schöngefärbt 3000), von einem Sozialforscher kritisiert, der darauf hinwies, dass Massenbewegungen immer etwas Totalitäres und Autoritäres haben und deshalb kein geeignetes Mittel der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus sind. Ich bin der Meinung, dass wir eine breite, aber bunte und vielfältige Massen-Bewegung gegen Rechts brauchen; eine Bewegung, die sich auch auf der Straße in Demonstrationen ausdrückt; eine breite Bewegung aus dem Gesamtspektrum der Gesellschaft; vor allem aber auch eine breite Jugendbewegung gegen Rechts. Zeichen zu setzen und räumlich-gedankliche Orte zu besetzen sollte nicht den „üblichen Aktivisten“ allein überlassen bleiben, es muss alle BürgerInnen angehen.

Ebenso wichtig wie das Engagement gegen Rechts – geradezu die zweite Seite der Medaille – sollte ein Engagement für Demokratie, Toleranz, Mitbestimmung und

Weltoffenheit sein. Dieser Satz erscheint zwar wie eine Selbstverständlichkeit, die Alltagspraxis und –realität vor Ort sieht sehr oft anders aus; 3 etwas eigenwillige Beispiele:

- Die angekündigte Demonstration gegen Rechts fällt in der Regel aus, wenn die Rechten nicht kommen. Wieso sollte da auch jemand hingehen, wenn der „politische Gegner“ nicht da ist? Man demonstriert schließlich „gegen“ und nicht „für“ etwas.
- Die Initiativegruppe von SchülerInnen zum Thema „Unsere Schule ohne Rassismus“ wird nur solange von der Schulleitung unterstützt, solange sie keine Forderungen für mehr Mitbestimmung in der Schule aufstellt oder endlich die Zensur der Schülerzeitung abschaffen möchte.
- Die SeminarleiterInnen einer Projektwoche mit Auszubildenden in einer Jugendbildungsstätte „enttarnen mit Erfolg“ einen Teilnehmer als rechtslastig, weil er „stolz ist, in Deutschland zu leben“ ohne sich konstruktiv mit dem Begriff der Identität und der „personalen Beheimatung“² auseinandersetzen.

6. Die bunte Vielfalt, das Bürgerbündnis und das Konzept in Weimar

Wer sich mit den Besonderheiten des bürgerschaftlichen Engagements in Weimar auseinandersetzt, wer gar – wie geschehen - aus anderen Städten nach Weimar kommt, um von diesem Engagement zu lernen, sollte sich zunächst vor Augen führen, dass es sich hier um eine Kleinstadt handelt, die nicht zu Unrecht den Namen „Weltdorf Weimar“ trägt. Hier kennt man sich, trifft man sich immer wieder, es herrschen Formen der sozialen Kontrolle eines (Welt-)Dorfes vor, und es lassen sich „blitzschnell“ Vernetzungszusammenhänge aufbauen oder aktivieren.

Was sind nun aber über den „Vereinigungsschatten des Lagers Buchenwald“ hinaus die Besonderheiten dieser Stadt bei ihrer erfolgreichen Arbeit gegen die rechte Einvernahme, und welche Aspekte dieses Erfolges lassen sich auf andere Orte übertragen?

6.1 Die Netzwerksteuerung

Im „Weltdorf Weimar“ existiert auf Grund der beschriebenen Rahmenbedingungen ein funktionierendes, oft durch persönliche Beziehungen und Kontakte unterstütztes, leicht zu aktivierendes Netzwerk. Dieses Netzwerk hat folgende Arbeitsformen und Strategien im Vorfeld von angemeldeten Demonstrationen der Rechten entwickelt:

- kontinuierliche Planungstreffen einer Kerngruppe (5-7 Personen) zur Abstimmung der Demonstrationsstrategie, des Demonstrationskonzeptes und zur Vorbereitung der Plenumssitzungen aller Akteure;
- regelmäßige Plenumssitzungen (50-120 Teilnehmer) mit aktiven Personen, Vereinen, Initiativen, der Stadtverwaltung, dem Ordnungsamt, der Polizei etc., bei denen Informationen zur aktuellen Lage, Fragen zur Gesamtstrategie sowie die Vorstellung der konkreten Aktionen diskutiert werden;
- Einrichtung einer regelmäßig besetzten „Informations-, Leit- und Kontaktstelle“ zur Steuerung von geplanten Aktivitäten und Informationen sowie zur Vernetzung verschiedener Akteure;

² Zwischen einem regional- oder national-verankerten „Heimatgefühl“ und einer rechtsextremen Gesamteinstellung muss kein Zusammenhang bestehen. Der aktuelle Thüringen Monitor sieht beispielsweise einen geringen Zusammenhang zwischen regionaler („fühle mich als Thüringer“) und deutscher Identität („fühle mich als Deutscher“) und dem Rechtsextremismus; kein Zusammenhang besteht mit einer „europäischen Identität“, ein äußerst großer mit einer „Identität als Ostdeutscher“. Der „Heimatbegriff“ ist zudem, wenn man ihn beispielsweise im Kontext der Philosophie E. Blochs betrachtet, keine „rechte Kategorie“.

- Vorbereitung und Realisierung der Öffentlichkeitsarbeit durch Presse- und Medienarbeit, Aktualisierung der Internetseite „Weimar-zeigt-sich“, Plakat- und Logogestaltung etc.;
- Einrichtung eines Informationsstandes auf dem Marktplatz der Stadt zur direkten Information und Werbung für die Teilnahme an den Gegenaktionen;
- Durchführung der Aktionen; Nachbereitung und Auswertung.

6.2 Strategien gegen rechte Aufmärsche

Bürgerschaftliches Engagement gegen rechte Einvernahme von Straßen, Plätzen und Köpfen lebt von der Vielfalt der Aktionen, Meinungen und Positionen; dies erfordert von den Beteiligten ein hohes Maß an transparenter und konstruktiver – auf das gemeinsame Ziel gerichteter – Kommunikation.

Aus dem Selbstverständnis der Akteure und den Praxiserfahrungen haben sich folgende Aspekte als konstitutive Elemente der Aktions- und Demonstrationsstrategie herauskristallisiert:

- a) Es gibt bei aller Verschiedenheit der beteiligten Akteure einen allgemeinen Konsens über das Aktionskonzept.
- b) Die Gegenaktionen und Demonstrationen in Weimar ermöglichen eine Teilnahme der unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen, Organisationen, Altersgruppen etc. (vom Punk bis zu den Pfadfindern, von der Antifa bis zur Oma mit Kleinkind). Unter dem Dach des „bunten Hauses Weimar“ ist Platz für die unterschiedlichsten Ideen, Aktionen, Weltanschauungen etc.; Ausgrenzung findet nur gegenüber den (Positionen der) Rechten statt.
- c) Die Aktionen gegen Rechts haben ihren Eigenwert und sind nicht von der Präsenz der rechten Szene abhängig; zwischen Party und Protest sind unterschiedliche Aktionsformen erwünscht.
- d) Es gibt insofern ein wechselndes Aktionskonzept, indem immer wieder neu der Frage nachgegangen wird, welches Gesamtkonzept unter den jeweiligen Bedingungen das Erfolg versprechende Konzept ist (politische Demonstration, Bildungskarawane, Fest gegen Rechts, Strategie der Ignoranz etc.).
- e) Im eigentlichen und juristischen Sinne handelt es sich bei den Aktionen und Demonstrationen des Bürgerbündnisses nicht um „Gegendemonstrationen“, sondern um Aktionen mit „Erstanmelderstatus“; dies setzt eine intensive Analyse möglicher Demonstrationsanmeldungen aus der rechten Szene voraus.

6.3 Weimar: mit Kreativität und kultureller Vielfalt gegen braune Einfalt

Vergleicht man die Aktions- und Demonstrationsformen des Weimarer Bürgerbündnisses gegen Rechts in den letzten Jahren mit denen anderer Städte, so fällt neben der Breite des Aktionsbündnisses vor allem das kreativ-kulturelle Potenzial der Menschen, Vereine, Institutionen, Kultureinrichtungen der Stadt ins Auge; dies ist neben der inhaltlich-politischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus geradezu ein Markenzeichen dieser Stadt geworden: historisch gespeist vom kreativen Mythos der Stadt, gefördert durch das verbindende Ereignis des Kulturstadtjahres, am Leben gehalten von den kreativen Menschen dieser Stadt. Aber wie mit Buchstaben von ihnen berichten?

- Können Sie sich vorstellen, wie Sie als Rechter vor dem Bahnhof aufgefordert werden, ihre Stiefel gegen Filzpantoffeln zu tauschen, um das historische Pflaster der Stadt nicht zu zerstören?
- Können Sie sich vorstellen, einen Beitrag gegen Rechts durch den gemeinsamen Verzehr von braunem Pudding zu leisten?

- Können Sie sich vorstellen, gemeinsam mit Alten und Kindern am Vortag des Aufmarschs der Rechten die Straßen mit Kinderbildern und Plakaten zu schmücken?
- Können Sie sich vorstellen, Sie sitzen im cinemax in Weimar und sehen den Werbespot des Bürgerbündnisses gegen Rechts im Vorprogramm?
- Können Sie sich vorstellen, dass zum geplanten Aufmarsch der Rechten am 1.9. um 5.45 Uhr alle Ampeln in Weimar auf rotes Blinklicht schalten?
- Können Sie sich vorstellen, dass MitarbeiterInnen des Grünflächenamtes ihrer Stadt (fast) jeden Teilnehmer an den Aktionen gegen Rechts mit einem kleinen Strauß beglücken?
- Können Sie sich vorstellen, dass ein Dirigent ein „Konzert mit Autos und einem Radiosender“ vor dem Goethe- und Schillerdenkmal inszeniert?
- Können Sie sich vorstellen, dass Menschen an einem solchen Tag auf der Straße tanzen und feiern?
- Können Sie sich vorstellen, dass sie das Logo des Bürgerbündnisses an diesem Tag als Backware zum Verzehr geschenkt bekommen?
- Können Sie sich vorstellen, dass vom Balkon des Rathauses eine äußerst kritische Rede über die Mitverantwortung der aktuellen Politik für die Verbreitung und Förderung von rechten Positionen gehalten wird?
- Können Sie sich vorstellen, dass angemeldete Demonstrationen der rechten Szene unter anderem deshalb wieder von ihnen abgesagt werden, weil die Qualität und Quantität der Aktionen des Bürgerbündnisses zu bedrohend wirken?

6.4 Die Medien

Ereignisse brauchen Öffentlichkeit; öffentliche Medien brauchen Ereignisse: Aus diesem Grunde spielen Medien im Konzept gegen rechte Einvernahme eine besondere Rolle. Neben der „üblichen Berichterstattung“ der unterschiedlichen Medien ist auch hier die Situation in Weimar durch drei spezifische Besonderheiten geprägt:

- a) mit der Thüringer Landeszeitung (TLZ) engagiert und positioniert sich eine landesweite Zeitung in eindeutiger Weise: mehrseitige Berichterstattungen, Unterstützung bei Aufrufen, eigene Aktionen im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements, Sonderausgaben, Druck von Plakaten als Beilagen zum herausnehmen sind nur einige Beispiele für einen engagierten Journalismus;
- b) mit dem Lokalradio LOTTE steht nicht nur ein Radiosender mit den üblichen Sendeformaten zur Verfügung, sondern auch ein Medienpartner, der logistische Funktionen für das Netzwerk und die konkreten Aktionen übernimmt;
- c) mit der Internetpräsenz „www.weimar-zeigt-sich.de“, die ausschließlich als Kommunikations- und Informationsplattform für die Aktivitäten dient, hat sich das Bürgerbündnis ein transparentes und vernetzendes Medium geschaffen.

6.5 Das Engagement der Politik, der Stadt und die Zusammenarbeit mit der Polizei

Auch wenn die Arbeit gegen Rechts primär eine Aufgabe des bürgerschaftlichen Engagements sein sollte, bedarf sie der aktiven Unterstützung durch die Politik und die Verwaltung sowie einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Polizei. Die Stadt Weimar war bisher ein Beispiel dafür,

- wie über Parteigrenzen hinweg und jenseits von Wahlstrategien ein Bündnis der Politik funktionieren kann (z.B. durch öffentliche Stadtratssitzungen als Teil der Aktionen),

- wie eine Kommune und eine Verwaltung sich als Teil eines aktiven BürgerInnenengagements verstehen kann (z.B. durch infrastrukturelle und logistische Unterstützung bei der Durchführung von Aktionen) und
- wie die Polizei der Stadt Weimar sich – bei aller gebotenen Zurückhaltung – deutlich zum inhaltlichen Anliegen des Bürgerbündnisses positioniert (z.B. durch die Abstimmung von polizeilichen Strategien mit dem Bürgerbündnis).

7. Herausforderungen und Problemstellungen

Unabhängig von den bisherigen Erfolgen des bürgerschaftlichen Engagements in der Stadt Weimar ergeben sich aus verschiedenen Gründen grundsätzliche Fragestellungen und Problemlagen für die weitere Auseinandersetzung mit rechten Demonstrationen.

- a) Wie lange kann ein Bürgerbündnis diese Form des Einsatzes und diesen Grad der Mobilisierung leisten?
- b) Wie reagiert das Bürgerbündnis auf den Vorstoß der Politik, Bannmeilen und Schutzzonen einzuführen?
- c) Was bedeutet es für das Bürgerbündnis, wenn ihre Demonstrationen in den Zweitanmeldestatus geraten?
- d) Wie lange unterstützt die Kommune dieses bürgerschaftliche Engagement in der bisherigen Form?
- e) Welche Orte sind - falls wie am 20.4. geschehen, eine Demonstration der Rechten erlaubt wird - die zu akzeptierenden und anzustrebenden Aufmarschplätze der Rechten? Das menschenleere Industriegebiet, wie am 20.4.2002, oder das pulsierende Stadtzentrum?
- f) Wie gelingt es, jene weiterhin zu aktivieren, die schon dabei sind, jene wieder zu aktivieren, deren „Interesse“ nachlässt (Wirtschaft), und jene anzusprechen, die bisher kaum dabei waren (der unpolitische Nachbar auf meiner Etage)?

8. Zum guten Schluss: die Zukunft rechter Aufmärsche und die Vision des Bürgerbündnisses in Weimar

Angesichts der bisherigen Erfahrungen, des Engagements und der Kompetenz in Weimar, des bisher (noch) funktionierenden breiten Bündnisses sowie der vorhandenen Motivation aller Beteiligten, weitere Gruppen und Personen durch kontinuierliche Arbeit für ein Engagement gegen Rechts und für mehr Beteiligung zu gewinnen, besteht berechnete Hoffnung, dass auch in der Zukunft – also auch dann, wenn es den rechten Organisationen gelingt in Weimar weitere Demonstrationen durchzuführen – der Raum in Weimar für diese Szene „eng“ ist; sowohl in den Strassen, als auch in den Köpfen!

Provokativ und zum Abschluss: Wenn es uns gelingt, in bestimmten Bereichen (z.B. Betriebe), an bestimmten Orten (Stadtteile, Schulen) mit einer kontinuierlichen Arbeit im Rahmen eines „Stadtprogramms gegen Rechts und für Demokratie“ präsent zu sein und wenn es uns gelingt, die bisherigen „Qualitätsaspekte“ der Stadt Weimar aufrecht zu erhalten, dann würde ich - trotz der genannten Zahlen aus dem Thüringenmonitor, des zunehmenden Rechtspopulismus in Europa und vorbehaltlich aller Unwägbarkeiten der Politik – spätestens zur übernächsten Demonstration³ den Rechten sagen: „Kommt nach Weimar, wenn ihr euch das antun wollt; wir geben euch mitten in der Stadt unsere besten Plätze und Strassen, weil wir nicht befürchten, dass ihr eine bedrohliche Anzahl von Köpfen in Weimar erreichen werdet!

³ Für den 1.9.2002 ist bereits eine neue Demonstration der rechten Szene angemeldet.

9. Nachklang in eigener Sache

Die Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungstätte und die MitarbeiterInnen sind wichtige Partner in dem beschriebenen Netzwerk. Über dieses kommunale Engagement hinaus bietet die Einrichtung vielfältige Veranstaltungs- und Projektangebote zur Gesamthematik⁴ an. Aus der Vielzahl der Angebote soll an dieser Stelle lediglich auf die Internetseite www.rossipress.de verwiesen werden, auf der sich selbständige Arbeitsgruppen von Jugendlichen aus Thüringen (und hoffentlich bald bundesweit) mit dem Thema auseinandersetzen; diese Seite ist ein Beispiel dafür, wie bürgerschaftliches Engagement aus der Mitte der Gesellschaft aussehen kann.

⁴ Aktuelle Informationen erhält das jeweilige Halbjahresprogramm unter www.ejbweimar.de